

Perspektiven des G20-Gipfels auf Migration und nachhaltige Entwicklung

Hamburg wird am 7./8. Juli dieses Jahres zentraler Schauplatz des nächsten G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen und Schwellenländer sein. Die Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent, einer der Schwerpunkte der G20-Präsidentschaft Deutschlands, wird dabei im Mittelpunkt stehen. Zentrales Anliegen der G20 ist die Förderung und Sicherung des globalen Wirtschaftswachstums. Welche Bedeutung kommt in diesem Kontext der Begegnung der Ursachen von Flucht und Migration nach Europa zu?

Fest steht: Europa sieht sich mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Dabei ist die gegenwärtige Flucht- und Migrationswelle nach Europa kein spezifisch europäisches Problem. Die Flucht von Menschen vor Armut und Krieg, die Flucht vor menschenunwürdigen Lebensbedingungen, spiegelt vielmehr die ungleiche Verteilung von Lebenschancen im globalen Kontext wider. Nach Angabe des Jahresberichts des UN-Flüchtlingskommissariats (*United Nations High Commissioner for Refugees* [UNHCR]) waren zwischen Juli 2015 und Juni 2016 weltweit 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter 16 Millionen in Afrika.¹ Neben diesen Flüchtlingen, die laut Genfer Flüchtlingskonvention aufgrund von Verfolgung ihre Länder verlassen, wandern viele Migranten in der Hoffnung auf ein besseres

Leben aus. Laut Bericht der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen (*United Nations Population Division, Department of Economic and Social Affairs* [UNDESA]) wanderten 2015 weltweit 243,7 Millionen Menschen ab, davon 19 Millionen in Subsahara-Afrika.² Die Zahlen waren noch nie so hoch. Die enorme Abwanderung verursacht vor allem in vielen afrikanischen Herkunftsländern einen „brain drain“. Dieser lässt sich schwer kompensieren, da es sich bei den Migranten oftmals um die produktivsten Mitglieder der Gesellschaft handelt. Diese Arbeitskraft fehlt anschließend diesen Ländern, um die eigene Entwicklung voranzubringen. Daran ändern auch die bedeutenden Geldmittel der Diaspora nichts, die oftmals wieder in die Länder zurückfließen, da sie letztlich von den Überweisungen der Wirtschaftsmigranten abhängig bleiben. Auch die Tatsache, dass einige afrikanische Staaten durch Abwanderung versuchen, den Druck auf die eigenen Arbeitsmarkt zu lindern, greift zu kurz. Denn sie können das menschliche Kapitel in ihren Ländern nicht für einen nachhaltigen Entwicklungsweg nutzen.

Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss somit in den Herkunftsländern ansetzen, um die Abwanderung zu mindern. Gleichzeitig ist diese Aufgabe angesichts der weltweiten Migrationsströme eine globale Herausforderung, der sich die G20-Gruppe auf dem kommenden G20-Gipfel unter der Präsidentschaft Deutschlands stellen will.

1

<http://www.unhcr.org/excom/unhcrannual/5808d8b37/report-united-nations-high-commissioner-refugees-covering-period-1-july.html>, S. 1.

2

http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/data/UN_MigrantStockTotal_2015.xlsx

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de

Die „Gruppe der Zwanzig“ der führenden Industrienationen und Schwellenländer

Die „Gruppe der Zwanzig“ beschreibt sich selbst als ein globales Forum für Kooperation in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Sie vereint fast zwei Drittel der Weltbevölkerung, verfügt über vier Fünftel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und drei Viertel des Welthandels. Mitglieder der Gruppe sind die 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union (EU). Hinzu kommen als Gäste regionale Bündnisse wie etwa die Afrikanische Union (AU) und internationale Organisationen wie bspw. der Internationale Währungsfonds (IWF). Eine besondere Herausforderung stellt allerdings die Heterogenität der G20 dar. Im Unterschied zur G7-Gruppe besteht diese nicht ausschließlich aus demokratisch regierten Mitgliedern. Viele Länder, darunter Saudi Arabien, Russland und China sind Autokratien, in denen sich der Umgang mit den globalen Herausforderungen von den demokratischen Ländern stark unterscheidet. In Forscherkreisen wird die G20 daher als exklusiver politischer „Klub“ betrachtet³ und angesichts seines effektiven Krisenmanagements, einer flexiblen und effizienten Struktur sowie seiner begrenzten Mitgliederanzahl weltweit ein hoher politischer Einfluss zugemessen,⁴ allerdings sind Spannungen angesichts der hohen politischen Heterogenität programmiert. Gerade mit Blick auf die USA nehmen seit Präsident Trump, der bereits das Pariser Klimaschutzabkommen aufgekündigt, die Unterschiede in der Bewertung der globalen Herausforderungen innerhalb der Gruppe zu. Das könnte die Verhandlungen der G20 in Hamburg erschweren.

Aufgrund ihrer herausragenden Stellung im globalen politischen Geschehen könnte die G20 also eine zentrale Rolle spielen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung durch

politische Lösungen und Mobilisierung von finanziellen Ressourcen global zu bekämpfen. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an den Gipfel in Hamburg, der Afrika in den Mittelpunkt seiner Agenda stellt. Die Vorarbeiten beruhen auf dem Vorgängergipfel 2016 im chinesischen Hangzhou, auf dem die G20-Mitgliedsländer die „Agenda 2030“ für nachhaltige Entwicklung der *United Nations* (UN) mit deren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* [SDGs]) einzeln angenommen haben.

Mit der Annahme der Agenda 2030 verpflichtete sich die G20, „niemanden zurück zu lassen (*leaving no one behind*)“ sowie „eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen zu erleichtern (*facilitate and promote responsible, safe and regular migration of people*)“. Dafür und für alle anderen Entwicklungsziele der UN-Agenda verabschiedete der unter chinesischer Präsidentschaft angeführte Gipfel einen Aktionsplan. Darin identifiziert die G20-Gruppe 15 Sektoren für nachhaltige Entwicklung, in denen die bestehenden Aktivitäten der G20 gebündelt und den entsprechenden SDGs zugeordnet werden sollen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Themen Arbeit und Wirtschaftswachstum gewidmet.⁵

Doch auch beim UN-Klimaschutzabkommen verpflichteten sich die G20-Staaten zu einer Führungsrolle. Denn im Vorfeld des G20-Gipfels in Hangzhou hatten sich China und die USA der Ratifizierung des in Paris 2015 abgeschlossenen Klimaschutzabkommens angeschlossen. Dieser wichtige Schritt im Kampf gegen den Klimawandel rückte die anderen Themen des in Hangzhou abgehaltenen Gipfels in den Hintergrund.

Die Agenda des G20-Gipfels im Kontext der deutschen G20-Präsidentschaft

Demnach hat sich bei der Agenda der G20 in den letzten Jahren eine Wandlung vollzo-

³ Siehe: Marianne Beisheim, Die G20 und die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Kohärente Umsetzung und Rechenschaftslegung stärken, in: SWP-Aktuell 31, Mai 2017, S. 1-4, hier S. 1.

⁴ Ebd.

⁵

https://www.b20germany.org/fileadmin/user_upload/G20_Action_Plan_on_the_2030_Agenda_for_Sustainable_Development.pdf, S. 1f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de

gen. Die Tendenz bewegt sich von konventionellen Wirtschafts- und Finanzthemen hin zur Verknüpfung mit Fragen von nachhaltiger Entwicklungs- und Klimapolitik – ganz dem Credo der Agenda 2030 folgend, wonach eine nachhaltige Entwicklung nur auf einem ganzheitlichen Politikansatz beruhen kann. Neben der traditionellen Stärkung der Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft, benennt die Agenda des G20-Gipfels in Hamburg klar die Themen Klimaschutz und Umsetzung der Agenda 2030.

Die G20-Staaten wollen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklungspolitik insbesondere eine „engere Partnerschaft mit Afrika“ verwirklichen. Die deutsche G20-Präsidentschaft hat dieses Thema zum Leitmotiv erhoben. Eines der Ziele des kommenden Gipfels in Hamburg ist, zum nachhaltigen Wandel der Wirtschaft Afrikas beizutragen.

Afrika. Wirtschaft und Demografie

Der Handlungsbedarf ist gewaltig: Armut, Hungersnöte, Bürgerkriege und korrupte Regierungen bestimmten lange Zeit das Bild Afrikas in der westlichen Welt. Doch wandelt sich diese einseitige Wahrnehmung des Nachbarkontinents aufgrund seines enormen Wachstumspotentials und richtet den Blick zunehmend auf die Chancen gerade in den aufstrebenden Ökonomien Afrikas. So prognostiziert der *African Economic Outlook 2017* (AEO) dem afrikanischen Kontinent für 2017 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,4 % und 4,3 % für 2018.⁶ Verbunden ist diese wirtschaftliche Entwicklung mit einem außerordentlichen demografischen Wandel. Bis 2050, so die Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung, wird sich die Zahl der Bevölkerung in Afrika von 1,203 auf 2,527 Millionen Menschen verdoppelt

⁶ <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/4117091e.pdf?expires=1499091486&id=id&accname=oid047262&checksum=5D7E82A78D70A31A7B511BC96FB865D3>, S. 5

haben.⁷ Davon werden ca. 41% der Einwohner unter 14 Jahren sein.

Das hohe Bevölkerungswachstum in Afrika birgt auch Gefahren. Für die rasant wachsende junge Generation werden jährlich zusätzlich 22,5 Millionen Arbeitsplätze auf dem afrikanischen Kontinent benötigt. Finden diese jungen Leute jedoch keine Jobs, ist das Risiko groß, dass sie aufgrund der mangelnden Lebensperspektive nach Europa abwandern. Obwohl dieses Szenario in entwicklungspolitischen Kreisen seit Jahren bekannt ist, rückte erst der plötzlich dramatisch hohe Anstieg von Flüchtlingen und Migranten aus Afrika nach Europa 2015 das Thema ins Zentrum des politischen Interesses in Deutschland und der EU. Dabei kämpfen Italien und die anderen südlichen Mittelmeeranrainerstaaten der EU mit hohen Flüchtlingszahlen und Wirtschaftsmigration schon seit Jahren.

Neue Partnerschaften zwischen Deutschland und Afrika

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass beim kommenden G20-Gipfel die Themen Migration und Afrika oben auf der Prioritätenliste stehen und Bundeskanzlerin **Angela Merkel** in einem ZEIT-Interview vom 20. Oktober 2016 betont, dass das *Wohl Afrikas auch im deutschen Interesse liegt*.⁸ Zuvor hatte die Bundeskanzlerin mehrere afrikanische Staaten wie Mali, Niger oder Äthiopien besucht, die derzeit Haupttransitländer für Flüchtlinge aus der Subsahara-Region sind. Die europäische Flüchtlingskrise, so die Bundeskanzlerin, hätte gezeigt, dass die Probleme auf dem europäischen Kontinent aufgrund massiver Migrationsströme aus Afrika nicht länger ignoriert werden könnten. Soziale und ökonomische Ursachen für Flucht müssten vor Ort in den afrikanischen Staaten selbst gelöst werden.

Dem Leitsatz der Bundeskanzlerin folgend präsentierte die Bundesregierung im Rah-

⁷ <http://laenderdatenbank.weltbevoelkerung.de/land-region/afrika>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de

men ihrer G20-Präsidentschaft beachtliche Finanz- und Wirtschaftsprogramme im Vorfeld des G20-Gipfels. Drei Bundesministerien sind beauftragt, die anvisierte deutsche „neue Partnerschaft mit Afrika“ zu regeln: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem sog. „Marshallplan mit Afrika“, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit der sog. „Pro! Afrika“-Initiative sowie das Bundesministerium für Finanzen (BMF) mit dem sog. „Compact with Africa“.

Strategiepapiere zur deutschen Afrikapolitik - Antwort auf die aktuellen Herausforderungen in Afrika?

Die Fülle der Strategien verdeutlicht zunächst die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit mit Afrika in Deutschland. Dr. **Gerd Müller** brachte dies bei der Vorstellung des „Marshallplans“ am 26. Februar 2017 auf den Punkt, indem er sagte: *„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und müssen begreifen, dass Afrika nicht der Kontinent billiger Ressourcen ist, sondern die Menschen dort Infrastruktur und Zukunft benötigen“*.⁹ Als Grundübel für die wirtschaftliche und soziale Misere in vielen afrikanischen Ländern werden im Marshallplan in erster Linie die hohen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten thematisiert. Um diese stärker einzuebnen und ein nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen, an dem viele Menschen profitieren, wird nicht mehr allein auf die Mittel der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance* [ODA]) zurückgegriffen, sondern zunehmend auf Mobilisierung von privaten Investments zur Aufstockung öffentlicher Entwicklungsgelder. Dabei verfolgt der Plan ein doppeltes Ziel: Einerseits soll die Einwerbung privater Vermögensanlagen aus der deutschen Wirtschaft afrikanische Länder unterstützen, Beschäftigungschancen zu erhöhen und geplante Projekte in Bildungsinfrastrukturen umzusetzen. Andererseits soll die stärkere Fokussierung auf Investitionen und den Privatsektor neue

Dynamiken in afrikanischen Ökonomien selbst freisetzen und damit langfristig eine nachhaltige Entwicklung weg von der klassischen Entwicklungshilfe ermöglichen (*development beyond aid*) und eigenständiges Wachstum fördern. Dabei setzt das BMZ auf afrikanische Ideen und Strukturen, wie es die Agenda 2063 vorgibt, die Strategie für die nachhaltige Entwicklung der Afrikanischen Union (AU). So sollen in der Zusammenarbeit mit der AU Arbeitsplätze und damit Zukunftsperspektiven in Afrika vor Ort geschaffen werden.

In diesen Kontext reiht sich auch die von **Brigitte Zypries** auf dem *World Economic Forum on Africa* am 4. Mai in Durban vorgestellte „Pro! Afrika“-Initiative ein: *„Afrika ist politisch wie wirtschaftlich ein Kontinent der Herausforderungen, aber vor allem der Chancen. Er bietet auch für die deutsche Wirtschaft große Chancen“*, so die Bundeswirtschaftsministerin.¹⁰ Bei der „Pro! Afrika“-Initiative handelt es sich um einen Vorschlag in Höhe von 100 Millionen Euro zur Mobilisierung von Wirtschaftspartnerschaften zwischen Deutschland und afrikanischen Ländern. Diese Initiative, die bisher wenig Beachtung fand, zielt ebenso auf ein größeres privatwirtschaftliches Engagement. So sollen durch vermehrte private Vermögensanlagen in neue Digitalisierungs- und Innovationspartnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Gründern/innen Start-up-Unternehmen in Afrika entstehen.

Eine weiteres Investitionsprogramm zur Zusammenarbeit mit afrikanischen Volkswirtschaften ist der „Compact with Africa“ des BMF. Dieser wurde kürzlich auf der „G20-Afrika-Partnerschaftskonferenz“ vorgestellt, die vom 12. bis 13. Juni in Berlin stattfand. Auch dieses zentrale Wirtschaftsvorhaben fokussiert die Steigerung privater Investitionen in afrikanische Infrastrukturen durch Investitionspartnerschaften. Entgegen des üblichen Geldtransfers in Afrikaprogramme, setzt der *Compact* zunächst auf struktureller

9

http://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/

10

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2017/20170504-bundeswirtschaftsministerin-zypries-praesentiert-ihr-afrikakonzert-pro-afrika-auf-dem-world-economic-forum-afrika-durban.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de

Ebene in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Regierungen an. So sollen die G20, der Internationale Währungsfonds und die Afrikanische Entwicklungsbank mit ausgewählten Staaten zunächst beraten, welche wirtschaftsfreundlichen Reformen in den jeweiligen Ländern umgesetzt werden müssen. Ziel dieser Gespräche ist es, durch die Bekämpfung von Korruption und der Verbesserung der Arbeitsprozesse staatlicher Institutionen rentablere Bedingungen für Investoren zu schaffen.

Inwiefern sich die gesetzten Ziele der verschiedenen Strategien bei unterschiedlichen Ministerien und auf diversen Ebenen realisieren lassen, wird sich zeigen müssen. Es bedarf eines enormen Abstimmungsbedarfs, um eine kohärente Umsetzung zu ermöglichen. Doch auch wenn es an der Abstimmung untereinander noch mangelt, setzt die Intensität des Engagements und das wachsende Interesse Deutschlands an Afrika mit drei parallelen Investitionsstrategien ein deutliches Zeichen für die vielbeschworene „echte“ Partnerschaft auf Augenhöhe mit dem Nachbarkontinent.

Migration und Afrika: Deutschland und die EU im Gleichklang?

Auch für die EU, die als einzige regionale Organisation eine vollwertige Mitgliedschaft in der G20 besitzt, ist die Bewältigung der Migrationsbewegung nach Europa eine gewaltige Herausforderung. Unter der Juncker-Kommission stellte die EU am 13. Mai 2015 eine Europäische Migrationsagenda vor, um die Migrationsströme nach Europa besser zu bewältigen. Damit legte die Europäische Kommission eine Strategie vor, welche die sozialen und ökonomischen Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, irreguläre Migration eindämmen, den Schutz für Flüchtlinge verbessern, die EU-Außengrenzen schützen und das europäische Asylsystem verbessern soll.

Die wichtigsten Eckpfeiler im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda bilden die folgenden Maßnahmen: Am 15. Oktober 2015 wurde der sog. EU-Türkei Aktionsplan veröffentlicht. Darin verpflichtet sich die EU zur Zusammenarbeit mit der Türkei bei der

Unterstützung von syrischen Flüchtlingen etwa bei dem Schutz von Syrern durch humanitäre Hilfe über entsprechende Organisationen in der Türkei. Im Gegenzug verpflichtete sich die Türkei zur konsequenten Registrierung der Migranten sowie einer schrittweisen Angleichung der türkischen Visumpolitik an die der EU, insbesondere bei Ländern, aus denen besonders viele irreguläre Migranten kommen. Die sich gegenseitig verpflichtenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, die irregulären Migrationsströme in die EU zu verhindern.

Am 12. November 2015 folgte die Veröffentlichung eines EU-Nothilfe-Treuhandfonds, der zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika eingerichtet wurde. In diesem Zusammenhang einigten sich die europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs auf dem Migrationsgipfel in Valletta, der vom 11. bis 12. November 2015 stattfand, auf die gemeinsame Bekämpfung von Fluchtursachen, die Vertiefung der Zusammenarbeit bei legaler Migration und Mobilität sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit bei Rückführung und Rückübernahme. Im Anschluss an den Migrationsgipfel stellte die Europäische Kommission am 7. Juni 2016 eine neue Migrationspartnerschaftsstrategie mit Partnern aus Afrika vor (*Migration Partnership Framework*). Ziel dieser Partnerschaft ist die Erstellung eines neuen Rahmens für einen langfristigen Ansatz der EU in der verstärkten Zusammenarbeit mit Drittländern, um Migration nach Europa besser zu steuern und illegale Migration effektiver zu bekämpfen.

Finanziert werden diese *Partnership Frameworks* u.a. mit Libyen, Niger und Mali durch den sog. EU-Treuhandfonds für Afrika (*EU Trust Fund for Africa* [EUTF]). Der EUTF beinhaltet Mittel in Höhe von 2,85 Mrd. Euro, die hauptsächlich in die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftliche Entwicklung mit Fokus auf Jugendliche und Frauen vor Ort fließen sollen. Umgesetzt wird das Programm in den afrikanischen Partnerländern durch Partnerorganisationen wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder das Entwick-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de

lungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Die Europäische Kommission berichtet seit der Einrichtung des EUTF regelmäßig über die Fortschritte, die in den jeweiligen *Migration Partnership Frameworks* gemacht werden.

Migration und der Cotonou-Vertrag

Ein weiterer Regulierungsmechanismus wird durch die EU-AKP (Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik)-Beziehungen geordnet. Dabei wird das Verhältnis zwischen der EU und den 79 AKP-Ländern über den sog. Cotonou-Vertrag geregelt. Der Staatenvertrag, der im Jahr 2000 abgeschlossen wurde, legt mit Artikel 13 die Grundlage für einen Dialog über Migration, der seit 2010 geführt wird. Gestaltet wird der Dialog durch regelmäßige Treffen auf Botschafterebene zwischen der AKP-Gruppe und der EU. Aus diesen Treffen gehen Empfehlungen hervor, denen der AKP-EU Ministerrat zustimmen muss. Zur Umsetzung der Empfehlungen wurde im Januar 2015 ein AKP-EU Migrationsplan gestartet. Dieser Aktionsplan sieht die Umsetzung von Projekten vor, die irreguläre Migration eindämmen und reguläre stärken soll. Finanziert wird der Aktionsplan durch den Europäischen Entwicklungsfonds (*European Development Fund* [EDF]) mit einem Budget von ca. 10 Millionen Euro, während die Internationale Organisation für Migration (IOM) die Maßnahmen vor Ort implementiert.

Der Cotonou-Vertrag selbst steht derzeit auf dem Prüfstein, da das Regelwerk bis 2020 Gültigkeit besitzt. In der Auslotung des Verhältnisses zwischen der EU und den AKP-Staaten nach 2020 spiegelt sich die Akzentverschiebung in der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika wider. Die Themen Sicherheit und Migration dominieren mittlerweile so stark die politische Agenda beider Kontinente, dass die EU am 5. Mai 2017 das Strategiepapier „Neue Impulse für die Partnerschaft mit Afrika“ (*A renewed impetus of the Africa-EU Partnership*) veröffentlichte.

Darin geht die EU auf die gezielte Bekämpfung der Grundursachen von Migration und Flucht in Afrika ein. Auch hier soll durch die Förderung von privaten Investitionen durch

eine geplante Investitionsoffensive (*External Investment Plan* [EIP]) mit Drittländern die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund stehen. Hierdurch sollen EU-Investitionen mit einem voraussichtlichen Volumen von 44 Mrd. Euro bis 2020 in Afrika mobilisiert werden. Eingebunden in diese Investitionsoffensive ist die Darlehenstätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB). Das EIB-Darlehensmandat für Drittländer soll um 5,3 Mrd. Euro aufgestockt werden, so dass die EIB zwischen 2014 und 2020 im Rahmen der EU-Garantie Darlehen in Höhe von bis zu 32,3 Mrd. Euro an afrikanische Länder vergeben kann.

Die von der EU angestrebten Investitionspläne nutzen öffentliche Entwicklungsgelder als Anschubfinanzierung für private Investitionen in Afrika. Ziel der EU-Investmentoffensive ist dabei eine Kooperation mit ähnlichen Initiativen auf nationaler Ebene mit den EU-Mitgliedsstaaten einerseits und die Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene andererseits. Hierbei soll insbesondere der neue Ansatz der G20-Agenda anschließen.

Trotz dieser beachtlichen Bemühungen von Seiten der EU stößt deren neue Migrationspolitik, welche die Beziehungen mit Afrika langfristig auf eine neue Grundlage stellen will, auf Kritik. Vor allem den *Migration Partnership Frameworks* wird von Seiten von Nichtregierungsorganisationen wie etwa Pro Asyl vorgeworfen, menschenrechtlich begründete Tabus mit den Migrationspartnerschaften zu brechen.¹¹ Afrikanische Länder würden mit einer Mischung aus Hilfe und Druck dazu verpflichtet, die Prioritäten der Europäer zu beachten anstatt ihre eigenen Dringlichkeiten in den Abkommen berücksichtigt zu wissen. Zugleich gibt es erhebliche Schwierigkeiten, die geplanten Gelder wie etwa den Nothilfefonds Afrika zu füllen. Viele EU-Mitgliedsländer steuern nicht die finanziellen Mittel bei, die sie im Vorfeld zugesagt hatten. Zugleich steht der EU-Türkei Aktionsplan aufgrund der ständi-

¹¹ <https://www.proasyl.de/news/das-neue-fluechtlingsbekaempfungsprogramm-der-eu-kommission/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRÜSSEL

DR. SUSANNE CONRAD

Juni 2017

mned-bruessel/www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Multinationaler Entwicklungsdialog

Büro Brüssel

gen Spannungen zwischen Berlin und Ankara stetig auf dem Prüfstein.

Ausblick: G20 als Motor für eine „echte“ Partnerschaft mit Afrika

Ungeachtet der Kontroversen, die mit Blick auf einige Migrationspolitiken der EU mit den Partnerländern in Afrika auftreten, nimmt das Thema sowohl in Europa als auch weltweit mittlerweile einen oberen Platz in der politischen Agenda ein und erhält damit endlich die Aufmerksamkeit, die es verdient. Unbestritten ist auch die Vernetzung zwischen der Migrationspolitik und den künftigen politischen Ansätzen für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika. Dies gilt vor allem für Europa: Seit 2015 setzt sich die Europäische Kommission beharrlich für eine abgestimmte europäische Lösung in der Flüchtlings- und Migrationspolitik ein. Zugleich zeigt sich eine deutliche Akzentverschiebung in den Verhandlungen der EU mit dem Nachbarkontinent über die zukünftige Zusammenarbeit nach 2020 aufgrund der wachsenden wirtschaftspolitischen Relevanz Afrikas verbunden mit dessen demografischer Entwicklung. Flankiert wird diese Entwicklung durch den umfassenden afrikapolitischen Ansatz der Bundesregierung, dessen Schlüsselpriorität den Schwerpunkt des G20-Gipfels bildet.

Die Spiegelung der verschiedenen nationalen und regionalen Initiativen zu Afrika und zu Migration sowie deren Vernetzung mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaschutzabkommen machen die G20 zu einer idealen Projektionsfläche für Afrikas Anliegen und können somit den Motor bilden für eine effektivere und intensivere Zusammenarbeit zwischen Europa und den afrikanischen Staaten. Darin zeigt sich die Relevanz der G20-Gruppe neuerdings als *key player* im entwicklungspolitischen Kontext, der durch die verbesserte Koordinierung von Migration, Agenda 2030, Klimapolitik und nachhaltigem Wirtschaftswandel vor allem in Afrika die klassische Entwicklungszusammenarbeit zum ganzheitlichen Governance-Ansatz mitgestaltet. Daran trägt die Bundesregierung durch ihre Afrikapolitik unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel entscheidenden Anteil.